

Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme als Wegbereiter einer nachhaltigen Mobilität

Berlin, 1. August 2018

Fachbeitrag von Benjamin Baumgarth

Noch bis zum 31. August 2018 können Kommunen von der Förderrichtlinie „Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur profitieren. Ziel der Förderung ist es, Kommunen dabei zu unterstützen, Maßnahmen auf dem Feld der Digitalisierung umzusetzen, die zu einer Verringerung von Luftschadstoffen führen. In Folge der ersten beiden Förderaufrufe sind bereits etliche innovative und wegweisende Projektanträge eingegangen.

Das Verkehrsaufkommen in deutschen Städten nimmt rasant zu. So führt zum Beispiel die Konsumverlagerung ins Internet zum Anstieg des innerstädtischen Lieferverkehrs. Als Nebenprodukt der Verbrennungsprozesse im Straßenverkehr entsteht Stickstoffdioxid (NO₂), welches sowohl zu Ozonbildung als auch einer Erhöhung der Feinstaubbelastung führt. Trotz eines leichten Rückgangs seit dem Jahr 1995 kommt es immer wieder zu Überschreitungen der NO₂-Jahresmittelwerte. So konnten 2017 in 66 deutschen Städten die gesetzlich festgelegten Grenzwerte nicht eingehalten werden.

Um diese Kommunen mit Grenzwertüberschreitungen zielgerichtet zu unterstützen, hat die Bundesregierung im Jahr 2017 das „Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020“ ins Leben gerufen. Ziel des mit Mitteln in Höhe von einer Milliarde Euro ausgestatteten Programmes ist es, Maßnahmen zur Reduktion von Stickstoffdioxid in den einzelnen Kommunen zu fördern. Diese sollten in den Bereichen „Elektrifizierung des Verkehrs“, „Nachrüstung von Dieselnissen“ und „Digitalisierung“ ansetzen.

Im **Schwerpunkt „Elektrifizierung“** unterstützt der Bund die Kommunen mit verschiedenen Förderrichtlinien bei der Erarbeitung kommunaler Elektroverkehrskonzepte sowie der Fahrzeugbeschaffung und dem Aufbau dazugehöriger Ladeinfrastruktur.

Um einerseits den verlässlichen und kostengünstigen ÖPNV zu garantieren und andererseits einen nachhaltigen Beitrag zur Senkung der Stickstoffdioxid-Werte zu leisten, wird außerdem die **Umrüstung von Busflotten** in den Kommunen mit Abgasnachbehandlungssystemen unterstützt.

BMVI fördert Maßnahmen zur Verringerung von Luftschadstoffen

Die „**Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme**“ ist ein Schlüsselbereich für nachhaltige Mobilität. Die entsprechende Förderrichtlinie des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) stellt mit einem Volumen von 500 Millionen Euro den finanziell größten Anteil des Sofortprogrammes dar. Ziel der Förderung ist es, Kommunen bei der Umsetzung von Maßnahmen auf dem Feld der Digitalisierung zu unterstützen, die zu einer Verringerung von Luftschadstoffen führen. So können die Städte auf der Grundlage von erhobenen und ausgewerteten Mobilitäts- und Umweltdaten beispielsweise Projekte zur Vernetzung der Verkehrsträger, einer effizienten Logistik oder dem bedarfsorientierten Einsatz von automatisierten Fahrzeugen initiieren.

Die Gegebenheiten vor Ort sind jedoch vielfältig und verlangen maßgeschneiderte Lösungen. Innovative Maßnahmen der Digitalisierung, für deren Einführung es selten eine Blaupause gibt, müssen vor dem speziellen Hintergrund der Verkehrsströme einer jeden Stadt individuell konzipiert werden. Vor der Vergabe von Fördermitteln unterstützt das Bundesverkehrsministerium die Kommunen daher in einem ersten Schritt bei der Erstellung von Masterplänen. In diesen erarbeiten Umwelt- und Verkehrsingenieure, aber auch Fachverantwortliche in den Kommunen unterschiedliche Maßnahmen und evaluieren diese in ihrer Wirkung vor Ort.

Bei all den Unterschieden in der jeweiligen Verkehrssituation gibt der Masterplan jedoch auch eine Spanne an Themen vor, welche grundlegend sind und in die Planung für eine digitale und nachhaltige Mobilität einbezogen werden müssen. So widmen sich die Verkehrsplaner der Erhebung von hochqualitativen Verkehrsdaten mit Hilfe von entsprechender Sensorik und deren anschließender Bereitstellung in Datenportalen. Darüber hinaus ist es erforderlich, die Stärkung des ÖPNV durch Vernetzung von Verkehrsinformationen und Ticketsystemen sowie den Aufbau von vernetzten Mobilitätspunkten (zum Beispiel Car-/Bike-Sharing an Umsteigepunkten zur Schiene) konzeptionell zu erarbeiten. Auf Grundlage der in den Masterplänen erfolgten Evaluation können Kommunen anschließend Fördermaßnahmen beantragen.

Innovative und wegweisende Projekte

Für die Förderrichtlinie zur Digitalisierung kommunaler Verkehrssysteme sind im Rahmen von zwei Förderaufrufen bereits etliche innovative und wegweisende Projektanträge eingegangen. Im Ergebnis wird das BMVI unter anderem den Aufbau der V2X-Kommunikation als Wegbereiter des automatisierten und vernetzten Fahrens in den Städten fördern. Dabei kommunizieren Fahrzeuge untereinander (V2V) oder mit Hilfe von Infrastrukturlösungen (V2I), d.h. mit Kommunikationsbaken am Straßenrand. Durch diesen Informationsaustausch wird ein wertvoller Beitrag zur Verkehrssicherheit geleistet, zum Beispiel durch die Weitergabe von Daten über den Straßenzustand oder Fahrsituationen (Stau).

Weiterhin werden CiBo-Ticketsysteme (Check-in/Be-out) in einigen deutschen Kommunen gefördert, welche die zurückgelegte Fahrtstrecke vollautomatisch über das Smartphone abrechnen können. Dabei werden die genauen Linien- und Haltestellendaten des Passagiers erfasst und mit den GPS-Positionsdaten des Smartphones abgeglichen. Im Hintergrund ermittelt die App den günstigsten Fahrpreis für die jeweilige Strecke.

Momentan ist der dritte Förderaufruf der Richtlinie geöffnet. **Kommunen können noch bis zum 31. August 2018 Anträge für Digitalisierungsmaßnahmen einreichen** und damit einen wichtigen Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität leisten.

Der Autor ist Consultant bei der PD – Berater der öffentlichen Hand GmbH.